

# Kirche und Gesellschaft

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 400

Johannes J. Frühbauer

## Wirtschaftsdemokratie

Sichtung eines  
programmatischen Begriffs

J.P. BACHEM MEDIEN

---

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ thematisiert aktuelle soziale Fragen aus der Perspektive der kirchlichen Soziallehre und der Christlichen Sozialethik.

### **THEMEN DER ZULETZT ERSCHIENENEN HEFTE:**

**Februar 2013, Nr. 397:** Marianne Heimbach-Steins  
Religionsfreiheit oder: Die Gretchenfrage des Umgangs mit den Menschenrechten

**März 2013, Nr. 398:** Mathias Wirth  
Psychiatrie und Freiheit. Geschichte und Ethik einer Menschheitsfrage

**April 2013, Nr. 399:** Peter Schallenberg  
Franziskus. Anstöße zu einer franziskanischen Soziallehre

### **VORSCHAU:**

**Juni 2013, Nr. 401:**  
Lothar Roos zum Themenbereich: „Die Soziallehre der Kirche in der Verkündigung Papst Benedikt XVI.“

**September 2013, Nr. 402:**  
Ilona Ostner zum Themenbereich: „Kinderrechte/Kindeswohl“

**Oktober 2013, Nr. 403:**  
Joachim Wiemeyer zum Themenbereich: „Unternehmensethik“  
Die Hefte eignen sich als Material für Schule und Bildungszwecke.

### Bestellungen

sind zu richten an:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Brandenberger Straße 33**

**41065 Mönchengladbach**

Tel. 0 21 61/8 15 96-0 · Fax 0 21 61/8 15 96-21

Internet: <http://www.ksz.de>

E-mail: [kige@ksz.de](mailto:kige@ksz.de)

### Redaktion:

**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**

**Mönchengladbach**

Erscheinungsweise: Jährlich 10 Hefte, 160 Seiten

---

2013

© J.P. Bachem Medien GmbH, Köln

ISBN 978-3-7616-2684-9

## **Anlass zur Wiederbelebung einer in Vergessenheit geratenen Konzeption**

Die Krisenphänomene der zurückliegenden Jahre im internationalen Kontext von Ökonomie und Finanzmarkt zum einen, die zeitkritische Diagnose einer postdemokratischen Entwicklung zum andern liefern in erster Linie die Anstöße, sich mit Alternativen *zum* bzw. *im* derzeitigen Wirtschaftssystem auseinanderzusetzen. Einer der stattfindenden Diskurse stellt zur reformerischen Überwindung der Systemkrise(n) bzw. zur nachhaltigen Systemveränderung den Begriff der Wirtschaftsdemokratie in den Mittelpunkt. In gleichzeitiger Anlehnung und Abgrenzung zu Entwürfen, wie sie erstmals in den späten 1920-er Jahren bereits entwickelt wurden und denen auch heute noch zumindest eine „Anregungsqualität“ zukommt, wird in gegenwärtigen, auf die aktuelle Problemlage bezogenen Konzeptionen mitunter von einer „modernen“ bzw. „neuen Wirtschaftsdemokratie“ gesprochen. Wirtschaftsdemokratische Konzeptionen, die vor allem von gewerkschaftlicher Seite in den Diskurs eingebracht werden, intendieren nicht nur konkrete Reformen im ökonomischen Sektor, sondern sie thematisieren grundlegende gesellschaftliche und politische Veränderungen – bis hin zu einem Systemwechsel. Der Diskurs zur Wirtschaftsdemokratie ergänzt in einer provozierenden Weise den kritischen Diskurs um die Zukunft der Demokratie bzw. zur postdemokratischen Zeitdiagnose.<sup>1</sup> Während jene gerade explizit auf das demokratische Potenzial etwa der europäischen Gesellschaften setzt, verbreitet das postdemokratische Nachdenken weithin eine zunehmende Skepsis, wenn nicht sogar eine fundamentale Resignation bezüglich der demokratischen Ressourcen der Gegenwart sowie der Beteiligungsbereitschaft der Mitglieder demokratischer Gesellschaften. Gemeinsam dürfte beiden Diskursen der theoretische Reflex auf die Machtstellung wirtschaftlicher Akteure sein, die dazu führt, dass demokratische Verfahren und Legitimationsmodi deutlich geschwächt oder sogar ganz außer Kraft gesetzt werden.<sup>2</sup>

## **Globalisierung als krisengeneratives Paradigma**

Aus der Sicht von Globalisierungskritikern lässt sich die Ursache für die unterschiedlichen Krisen der zurückliegenden Jahre und der Gegenwart sowie für die Tendenzen zu einem Primat der Ökonomie ge-

genüber der Politik, aber auch gegenüber anderen Lebensbereichen – wie etwa der Wissenschaft – schnell benennen: Schuld daran ist die Globalisierung mit ihren Folgen und Nebenwirkungen, die zu verschiedenen Krisenentwicklungen in unterschiedlichen Kontexten führt.<sup>3</sup> Deregulierung kapitalistischer Ökonomie und „Kommodifizierung und Kommerzialisierung der weltgesellschaftlichen Verhältnisse“ sind diesbezüglich zentrale diagnostische Stichworte.<sup>4</sup>

Der Sozialwissenschaftler Bernd Röttger formuliert hinsichtlich dieser Grunddiagnose noch etwas präziser, wenn er unter anderem anfragt, „ob Globalisierung einen massiven Prozess politischer Deregulierung der Ökonomie (...) bewirkt, also eine Verschiebung in der Gewichtung ökonomischer und politischer Prozesse, oder die Durchsetzung kapitalistischer Globalisierung selbst politisch ermöglicht wurde und ein neues Herrschaftsprojekt konstituiert“.<sup>5</sup> Versteht man Globalisierung nun nicht als ein rein kapitalistisches Geschehen, sondern reflektiert man auch die historisch-konkreten Ausformungen, in denen sich Ökonomie und Politik als ein wechselseitiges Konstitutionsverhältnis artikulieren, dann wird man zu der Erkenntnis gelangen, dass Globalisierung eben auch einen sozialen und politischen Prozess begründet. Folgt man diesem Interpretationspfad, so lässt sich auch der vielfach kritisierte „neoliberale Umbau der Gesellschaften“ nicht als Ausdrucksform einer neoliberalen Orthodoxie des reinen Marktes verstehen, „sondern als ein umfassendes gesellschaftliches Restrukturierungsprojekt, mit dem das Kapital den Ausweg aus der ersten schweren Krise der Nachkriegsordnung, der Weltwirtschaftskrise 1974/75, suchte“.<sup>6</sup> Ob man nun dieser Einschätzung folgt oder auch nicht, hervorzuheben sind in jedem Falle die soziale und politische Dimension von Globalisierungsphänomenen und -wirkungen. Insofern stellt sich immer wieder neu die Frage nach der Rolle der Politik – etwa in Konzeptionen zur Global Governance oder auch in jüngsten Entwicklungen, die überschrieben sind mit Formulierungen wie „Rückkehr des Staates“, „die sichtbare Hand des Staates“ oder „Re-regulierung der Finanzmärkte“.

Der britische Politikwissenschaftler David Held nimmt sich den politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Globalisierung an. Obwohl er nicht explizit von Wirtschaftsdemokratie spricht, sondern eine Verhältnisbestimmung zwischen Globalisierung und sozialer Demokratie vornimmt, kommt er, wie noch zu sehen sein wird, zentra-

len Anliegen wirtschaftsdemokratischer Konzeptionen doch sehr nahe. So sieht er demokratische Institutionen einzelner Länder auf „den Kompromiss zwischen Kapital, Arbeit und Staat“ verpflichtet, „der das Verhältnis zwischen Marktwirtschaft, Privateigentum und Gewinnstreben in einer Weise regelt, durch die die bürgerlichen und politischen Rechte der Menschen nicht nur formal gewährleistet sind, sondern die Menschen auch in den Stand gesetzt werden, diese Rechte auch tatsächlich auszuüben.“<sup>7</sup> Mit diesem Postulat berührt Held in einer offenkundigen Weise das Grundanliegen, das für Fritz Naphtali, einem der ersten Vordenker zur Wirtschaftsdemokratie, eine grundlegende Bedeutung hatte: die konstitutive Rolle der politischen Demokratie und ihre Ausweitung auf den Bereich der Wirtschaft. David Held konstatiert in seinen Überlegungen allerdings, dass die propagierten Ziele angesichts globaler Entwicklungen „mit den verfügbaren politischen Instrumenten nicht mehr realisierbar seien“ (*Soziale Demokratie*, 40). Nichtsdestoweniger plädiert er dafür, dass politische Maßnahmen durch demokratische Entscheidungen gestärkt werden, „die auf einem Bündel von Regeln und Institutionen beruhen, die die möglichst umfassende Beteiligung der betroffenen Bürger sicherstellt“ (42).

### **Zum historischen Hintergrund: Die gewerkschaftliche Programmschrift von Fritz Naphtali aus dem Jahre 1928**

Eine erste und bis heute prägende Ausgestaltung der Idee und des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie wurde 1928 mit der gleichnamigen Programmschrift des Gewerkschafters Fritz Naphtali (1888 – 1961) vorgelegt.

Fritz (Peretz) Naphtali war Mitglied der SPD und Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Zeitung. Von 1927 bis 1933 leitete er die neu gegründete Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Repressalien durch die Nationalsozialisten und die Verhaftung durch die Gestapo veranlassten ihn, 1933 nach Palästina zu emigrieren; dort wirkte er unter anderem als Hochschullehrer für Wirtschaftswissenschaften sowie als Direktor einer Bank, die im Besitz eines israelitischen Gewerkschaftsverbandes war. Nachdem Naphtali 1949 in die Knesset, dem israelischen Parlament gewählt worden war, hatte er zuletzt in den Jahren 1951 – 1959

verschiedene Ministerämter für die Mapai-Partei (Partei der Arbeiter des Landes Israel) inne.<sup>8</sup>

In seiner Schrift „Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel“<sup>9</sup> setzt sich Naphtali nicht nur mit der allgemeinen Frage der Demokratisierung der Wirtschaft auseinander, sondern buchstabiert überdies konkrete programmatische Überlegungen zu öffentlichen Betrieben, zu Konsumgenossenschaften, zu gewerkschaftlichen Eigenbetrieben sowie zur Demokratisierung von Arbeitsverhältnissen und des Bildungswesens aus.

Wenngleich es unklar geblieben ist, wann und von wem der Terminus *Wirtschaftsdemokratie* erstmals eingeführt und verwendet wurde, so lässt sich doch auf eine der Schrift Naphtalis bereits um mehr als drei Jahrzehnte vorausliegende terminologische Etablierung von *Industrial Democracy* durch Sidney und Beatrice Webb im englischen Sprachraum verweisen.<sup>10</sup>

Was waren nun Anlass für Fritz Naphtali und seine damaligen Mitstreiter, Idee und Begriff einer Wirtschaftsdemokratie zu konzipieren und in den gesellschafts- und ordnungspolitischen Diskurs einzubringen?

Vordergründig kann darauf verwiesen werden, dass Naphtalis Programmschrift das Ergebnis der Arbeit und des Austausches einer wissenschaftlichen Kommission war, die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) in den 1920-er Jahren beauftragt worden war, eine Ordnungskonzeption zu entwickeln, die den Namen einer Wirtschaftsdemokratie verdiente und die wesentliche gewerkschaftliche Ordnungsvorstellungen enthielt.<sup>11</sup> Der eigentliche Hintergrund dieses Auftrags dürfte aber vor allem die Überzeugung gewesen sein, dass die mit Beginn der Weimarer Republik im Jahr 1918 erreichten politischen Mitwirkungsrechte eine Ergänzung und Absicherung durch die Demokratisierung der Wirtschaft bedürften. Allerdings betonte Naphtali in seiner Programmschrift mehrfach, dass gerade die im Bereich des Politischen etablierte Demokratie eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftsdemokratisches Agieren sei: Denn „die Idee der Wirtschaftsdemokratie kann nur dann in einem Lande lebendig werden, wenn die Arbeiterschaft dieses Landes schon bestimmte Erfahrungen in der politischen Demokratie hat“ (*Wirtschaftsdemokratie*, 13). Infolgedessen bleibt die Demokratie „ein notwendiger Ausgangs-

punkt und eine unerlässliche Voraussetzung für eine Reihe von Kämpfen und für die unermüdliche vielseitige Arbeit, als deren Folge die völlige, d. h. politische, kulturelle und wirtschaftliche Befreiung der arbeitenden Menschen erscheinen wird“ (15).

Im Rückblick auf die jüngere Geschichte umfasste daher für Naphtali das Erkämpfen der Demokratie sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Befreiung (14). Allein mit der politischen Gleichberechtigung war noch keine grundsätzliche Gleichberechtigung gegeben. Daher sollte die Wirtschaftsdemokratie nun gerade für die Arbeiterschaft eine zentrale ordnungspolitische Perspektive sein. Diesbezüglich grenzt Naphtali überaus deutlich die Interessen der Arbeiterschaft von denen des Bürgertums ab; hierzu führt er aus: „Das Bürgertum brauchte keine Organisation der wirtschaftlichen Freiheit, die es erkämpfte; es brauchte überhaupt keine öffentlich-rechtliche Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit, es wollte im Gegenteil jede Regelung abschaffen, jede Zwangsorganisation beseitigen und möglichst viel Bewegungsfreiheit für jeden einzelnen wirtschaftenden Menschen durchsetzen. [...] Die wirtschaftliche Freiheit bedeutete für das Bürgertum Ungebundenheit der unternehmerischen Initiative, freie Konkurrenz der Unternehmer miteinander und Verfügung über die persönlich freien Arbeitskräfte, die zwar durch keinen rechtlichen, aber umso mehr durch einen wirtschaftlichen Zwang auf die Lohnarbeit angewiesen waren“ (13). In der kritischen Wahrnehmung Naphtalis reichten „dem kapitalistischen Bürgertum“ ein Mindestmaß an politischen Rechten, die privatrechtlichen Garantien des Eigentums und geschlossener Verträge sowie die Beteiligung an der Staatsmacht, um „seine wirtschaftliche Übermacht zu sichern“ (13).

Somit war nicht nur die Zielperspektive benannt, sondern auch der politische Konfrontationskurs in transparenter Weise bestimmt. Fernerhin unterstreicht Naphtali, dass Missbrauch oder Fehlentwicklung der Demokratie allein mit dem Mittel der Demokratie selbst anzugehen sind; daher sei es an der Arbeiterschaft zu lernen, „die Demokratie in ihrem Interesse zu gebrauchen und die bloß politische zur sozialen Demokratie auszugestalten“ (16). Schlussendlich wird hier die Zielperspektive angetönt: Denn der Programmatik Naphtalis geht es um nichts weniger als um die Verwirklichung von Sozialismus und Wirtschaftsdemokratie, die er als untrennbar miteinander verknüpft betrachtet (16). Kurzum: Naphtali und seinen gewerkschaftlichen Mit-

streitern zufolge bedeutete Demokratisierung der Wirtschaft „die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit“ (21). Für die Arbeiterschaft würde es infolgedessen zur „gebieterischen Notwendigkeit“, dass sie „alle ihre politischen und wirtschaftlichen Machtmittel mit möglichst großem positiven Effekt zur Neugestaltung der Gesellschaft einsetzt.“<sup>12</sup>

*Zusammenfassend* lässt sich mit Blick auf die ursprüngliche Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie nun sagen: *Erstens* setzt die Idee einer Wirtschaftsdemokratie die Existenz einer politischen Demokratie explizit voraus und verhilft dieser zu der eigentlich intendierten gesamtgesellschaftlichen demokratischen Wirkung; insofern geht Naphtali von einem umfassenden Demokratieverständnis aus. *Zweitens* lässt sich Wirtschaftsdemokratie, die sich selbst an demokratische Verfahren und Legitimation rückbindet, als Zielperspektive hinsichtlich der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten am wirtschaftlichen Prozess für die Arbeiterschaft bestimmen. *Drittens* geht mit dieser Zielperspektive die sozialistische Orientierung mit einer kritischen Haltung gegenüber Bürgertum und Unternehmertum und generell gegenüber einem Wirtschaftsliberalismus mit einer „Laissez-faire“-Mentalität einher. *Viertens* dürfte in dieser knappen Skizze zu Naphtalis Konzeption deutlich geworden sein, dass sich bestimmte Punkte mit Anliegen heutiger Kritik an wirtschaftlicher Macht, unternehmerischer Freiheit und neoliberalen Entwicklungen sichtbar berühren.

Die Idee einer Wirtschaftsdemokratie wurde im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts immer wieder aufgegriffen, ohne jedoch jemals die damit verbundenen Intentionen insgesamt zur Durchsetzung führen zu können. Verweisen lässt sich etwa auf die einschlägigen Beiträge von Otto Brenner oder auch von Ota Šik.<sup>13</sup>

### **Intention, Ziele und Programmatik einer „neuen“ Wirtschaftsdemokratie**

Der in den Krisenerfahrungen der letzten Jahre aber auch in den sozialen und strukturellen Auswirkungen der Globalisierung zu verortende Anlass zur Konzeption einer „modernen“ bzw. „neuen Wirtschaftsdemokratie“ wurde bereits eingangs erwähnt. Mit dieser Konzeption verbindet sich eine Kritik, die sich sowohl auf die Etablierung und Wir-



kung des Neoliberalismus als auch auf den weithin unregulierten Finanzmarktkapitalismus und dessen negativen oder teilweise vernichtenden Auswirkungen auf ganze Gesellschaften und Staaten bezieht (etwa in Südeuropa). In der Auseinandersetzung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wird zudem kritisiert, dass die sich aus der Krise ergebenden Chancen zur Neuformulierung konkreter wirtschaftspolitischer Alternativen nicht genutzt worden seien. Mit der Forcierung der Idee einer neuen Wirtschaftsdemokratie ist insbesondere von gewerkschaftlicher Seite eine grundlegende Debatte um die demokratische Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft intendiert und ein wissenschaftlich-theoretischer Diskurs seit einigen wenigen Jahren im Gange.<sup>14</sup> Welche Ziele werden insbesondere im Diskurs zu einer neuen Wirtschaftsdemokratie formuliert?<sup>15</sup>

Wesentliche Züge der Konzeption und Programmatik sowie konkrete Ziele einer „neuen Wirtschaftsdemokratie“ lassen sich als Ertrag aus der Sichtung einschlägiger Beiträge der letzten Jahre wie folgt festhalten:

- ▷ Gefordert wird die *Demokratisierung aller Lebensbereiche* – einschließlich der Wirtschaft – und das bedeutet konkret: Demokratisierung aller Ebenen wirtschaftlichen Handelns und infolgedessen Begrenzung der Konzentration ökonomischer Macht.
- ▷ Angemahnt wird, *keine Systemkonservierung* zu betreiben, sondern eine *Systemveränderung* als zentrales Reformziel in Gang zu setzen: Grundlegende Systemfehler und nicht (allein) das Handeln einzelner Personen sind für die Krisenentwicklung verantwortlich.<sup>16</sup>
- ▷ Ein *Mindestmaß an sozialer Sicherheit* und Vermeidung bzw. Abbau ökonomischer Ungleichheiten zur Sicherung des Funktionierens demokratischer Systeme muss gewährleistet werden.
- ▷ Problemlagen, die im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Tage getreten sind, lassen sich *nicht technokratisch* lösen, sondern erfordern veränderte *Machtverhältnisse und die Erweiterung von Mitbestimmungsmöglichkeiten* in unterschiedlichen Kontexten bzw. auf unterschiedlichen Ebenen.
- ▷ Wirtschaftsdemokratische Konzeptionen gehen von der *Realität einer „mixed economy“* aus und wenden sich gegen einen ideologisch konstruierten Gegensatz von Markt und Staat. Das heißt, unterschiedliche Eigentums- und Steuerungsformen sollen unter öko-

nomischen und sozialen Effizienzkriterien pragmatisch miteinander kombiniert werden.

- ▷ Als *konkrete Reformziele* werden formuliert: Regulierung der Finanzmärkte, Erweiterung der normativen und realpolitischen Reichweite staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik, Korrektur einer rein marktvermittelten wirtschaftlichen Wertschöpfung, Schaffung von Anreizen oder Auflagen für eine öko-soziale Transformation industrieller Sektoren, Eigentumsvariationen, Etablierung von „Normalarbeitsverhältnissen“, Mitbestimmungs- und Inventionsrechten.
- ▷ *Strukturell* richtet sich die Konzeption der neuen Wirtschaftsdemokratie hinsichtlich der Handlungskontexte auf ein *Mehrebenensystem* aus, das von „Europa“ als Makro-Region bis zum einzelnen Unternehmen im Mikro-Kontext auf lokaler Ebene reicht.
- ▷ Es gilt, *Möglichkeiten und Strukturen der Mitbestimmung und Teilhabe* in betrieblichen und unternehmerischen Kontexten – Selbstverwaltung, Selbstbeteiligung, Selbstbestimmung – weiter auszubauen und dadurch einen gesamtgesellschaftlichen Effekt der politischen Partizipation (vor Ort und im Alltag) zu generieren.<sup>17</sup>
- ▷ Die Grenzsetzung zur *Einhegung* eines ungebremsten und ungeregelten *Finanzmarktkapitalismus* ist durch definierte Zwischenschritte auf dem Weg zur einer gerechteren und solidarischen Gesellschaft umzusetzen.
- ▷ Eine gezielte Förderung der *Gemeinwohlorientierung unternehmerischer Entscheidungsprozesse* gilt es „durch demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht, Unternehmensvielfalt und Demokratisierung unternehmerischer Entscheidungsprozesse“ zu verwirklichen.<sup>18</sup>
- ▷ *Gute Arbeit* für alle: Massenarbeitslosigkeit muss überwunden und Vollbeschäftigung erreicht werden. Tariflich geregelte Arbeitsverhältnisse müssen über *akzeptable Entgelt- und Arbeitsbedingungen* einen akzeptablen Lebensstandard sicherstellen.<sup>19</sup>
- ▷ *Ökologisch-nachhaltige Wirtschaft*: Nachhaltigkeit muss das leitende Prinzip des ökonomischen Handelns sein. Damit wird ein Kontrapunkt gesetzt gegenüber einem ungezügelt Markt, einer kurz-

fristigen Renditestеigerung und einem unverantwortlichen Wachstumsprinzip. „Eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaftsordnung muss den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen, Umwelt und Natur zur zentralen Maxime erklären, um die Gestaltungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen nicht zu gefährden.“<sup>20</sup>

- ▷ Als weitere Ziele einer wirtschaftsdemokratischen Entwicklung werden beispielsweise *Verteilungsgerechtigkeit* und Bildungsgerechtigkeit bzw. „gute Bildung für alle“ genannt.
- ▷ Und alles in allem: Eine (Wieder-)Herstellung des *Primats der Politik* gegenüber der Ökonomie – eine auch in anderen Zusammenhängen immer wieder erhobene Forderung.<sup>21</sup>

Über diese zentralen Reformforderungen hinaus bringt der Politikwissenschaftler und Soziologe Helmut Martens, der eine Art Grundlagentext zur „neuen Wirtschaftsdemokratie“ verfasst hat, weitere Aspekte ins Spiel, die hier eine kurze Erwähnung verdienen: In seinen kompakten Thesen, mit denen Martens seine differenzierten Ausführungen zur Konzeption einer neuen Wirtschaftsdemokratie beschließt, fordert er unter anderem eine „Demokratisierung der Demokratie“, eine Beschäftigungssicherheit sowie eine „Subjektivierung der Arbeit“, er verweist in diesem Zusammenhang auf die Verbindung zwischen „guter Arbeit und gutem Leben“, er kritisiert „die Selbstreferentialität einer von Funktionseleiten konzipierten und von oben her durchgesetzten Politik“, er betont ausdrücklich die Rolle der Arbeiterschaft und stellt zugleich skeptisch die durchaus berechtigte Frage, „ob und wie die Gewerkschaften – ‚ein Grundpfeiler einer demokratischen Entwicklung‘ bleiben werden und ob dazu eine ‚neue Wirtschaftsdemokratie‘ ein linkes gesellschaftspolitisches Reformprojekt der historischen Stunde werden kann.“<sup>22</sup>

## **Wirtschaftsdemokratische Ansatzpunkte in der Katholischen Soziallehre**

Nimmt man die zentralen Anliegen der Konzeption einer Wirtschaftsdemokratie in den Blick, so ergeben sich aus der Sicht der Katholischen Soziallehre zunächst folgende Berührungspunkte oder sogar Gemeinsamkeiten: Erstens Kritik am ungezügelten Finanzmarktkapita-

lismus; zweitens dürfte außer Frage stehen, dass sich die Katholische Soziallehre stets das Ziel einer gerechten und solidarischen Gesellschaft zu eigen gemacht hat.<sup>23</sup> Zu klären wäre in diesem Zusammenhang, was konkret unter Gerechtigkeit und Solidarität zu verstehen ist und welcher Weg zu einer gerechten und solidarischen Gesellschaft beschritten werden soll. Unstrittig dürfte drittens auch die grundsätzliche Orientierung am Gemeinwohl, die Betonung von sozialer und politischer Partizipation und eine grundsätzlich öko-soziale Ausrichtung sein. Unterschiede oder Dissenspunkte lassen sich vor allem mit Blick auf eine sozialistisch eingefärbte Terminologie oder damit verbundenen Zielsetzungen ausmachen. Blickt man auf die Forderungen einer neuen Wirtschaftsdemokratie, so dürfte es folglich nur wenige Punkte geben, denen aus dem Blickwinkel der Katholischen Soziallehre explizit zu widersprechen wäre. Neuralgische Punkte sind sicherlich die Frage nach Freiheit und Eigentum, die Bedeutung des Einzelnen als individuelle Person sowie die Problematik des Verhältnisses von Markt und Staat.<sup>24</sup> Mit Blick auf den zuletzt genannten Bereich positioniert sich die Katholische Soziallehre traditioneller Weise auf einem „Dritten Weg“.

Auffällig ist, dass im bereits zuvor erwähnten Diskurs zur Wirtschaftsdemokratie – soweit sich dies über einschlägige Publikationen ausmachen lässt – niemand anzutreffen ist, der im kirchlichen Kontext oder im Bereich einer akademisch vertretenen Christlichen Sozialethik beheimatet ist. Es dominiert eindeutig die Präsenz gewerkschaftlicher bzw. gewerkschaftsnaher Akteure und Autoren.

### **Anfragen, Problemanzeigen, Kritik**

Es ist fraglos zu konstatieren, dass seit 1928, als die erste Programmschrift zur Wirtschaftsdemokratie erschien, einiges im Bereich der betrieblichen Mitbestimmung und im Bereich der Aufsicht und Kontrolle wirtschaftlicher Unternehmungen erreicht wurde. Allerdings muss auch eingestanden werden, dass gerade aufgrund der Entwicklungen unter den Vorzeichen von Globalisierung, Neoliberalismus und jüngsten Krisenerfahrungen grundlegende Anliegen einer fast neunzigjährigen Programmatik wieder bzw. immer noch virulente Problemstellungen auf der aktuellen politischen Agenda sind.

Als mehrheitsfähig lässt sich das mit dem Konzept einer neuen Wirtschaftsdemokratie verbundene Ansinnen einer hinreichenden Partizipation einschätzen. Dass den Mitgliedern einer demokratischen Gesellschaft mehr Möglichkeiten als bisher zukommen sollten, an den Entscheidungsprozessen und auf Verantwortungsebenen, die wirtschaftliche Ordnungsstrukturen oder wirtschaftliches Handeln betreffen, aktiv beteiligt zu sein, dürfte zwar nicht von allen Seiten Wertschätzung erfahren, aber doch von einer Mehrheit der Mitglieder einer Gesellschaft grundsätzlich befürwortet werden.<sup>25</sup> Und dennoch lassen sich konkrete Schwierigkeiten benennen – unter anderem:

- ▷ *Schwierigkeit 1:* Zurückhaltung bei der Identifizierung mit linken Positionen – erinnert sei an die Grundlegung der wirtschaftsdemokratischen Konzeption bei Fritz Naphtali mit einer explizit sozialistischen Ausrichtung. Bisweilen wird die Programmatik einer Wirtschaftsdemokratie als „mosaiklinkes Konzept“ charakterisiert. Dabei ist allerdings kritisch zu hinterfragen, inwiefern eine solche politische Verortung eine breite gesellschaftliche Unterstützung verhindert, die für eine weitreichende ökonomische Reformperspektive erforderlich wäre. Muss eine „mosaiklinke“ Positionierung nicht zwangsläufig das Postulat einer Demokratie als „inkludierendes Verfahren“ verfehlen?
- ▷ *Schwierigkeit 2:* Postdemokratische Tendenzen – politisches Desinteresse der Gesellschaftsmitglieder und der Primat der Ökonomie über die Politik führen offenkundig zu einem Rückgang demokratischer Partizipation bzw. Beteiligungsbereitschaft; aber gerade diese ist konstitutive Voraussetzung für das gesamtgesellschaftliche Projekt einer Wirtschaftsdemokratie.
- ▷ *Schwierigkeit 3:* Das Anliegen einer Wirtschaftsdemokratie bzw. wirtschaftsdemokratischen Erneuerung wird vor allem von gewerkschaftlicher Seite vorangetrieben. Hier ist jedoch kritisch nachzufragen, wie stark und machtvoll heutzutage Gewerkschaften noch sind. Es darf angezweifelt werden, dass gewerkschaftliche Verbände und Gruppierungen im Alleingang in der Lage sind, eine wirkungsvolle Wirtschaftsdemokratie zu etablieren.

Der Begriff einer Wirtschaftsdemokratie ist historisch betrachtet zwar bereits angegraut. Aber im Zusammenhang mit der Komplexität und Destruktivität gegenwärtiger wirtschaftlichen Krisenerfahrungen kön-

nen Ideen, wie sie aus einer *neuen* Wirtschaftsdemokratie hervorgehen, durchaus eine wegweisende Bedeutung – mitunter auch zur demokratisch fundierten und legitimierten Gestaltung von Globalisierung – erlangen, umso mehr als sich mit ihnen eher nachhaltig wirkende Reformen als wirkungslose Revolutionen initiieren lassen. Reformorientierte Verbündete, die sich grundlegenden sozialetischen Prinzipien wie Gemeinwohl, Solidarität, Gerechtigkeit, Subsidiarität, Partizipation oder Nachhaltigkeit verpflichtet wissen, dürften sich, nimmt man den parteipolitischen Bereich hier an dieser Stelle bewusst aus, einerseits im Kontext von Theologie und christlichen Kirchen finden lassen, andererseits in bestimmten Strömungen bzw. Schulen wirtschaftsethischer Protagonisten.<sup>26</sup> Diese gilt es – eine erfolgs- und zukunftsorientierte Grundhaltung bei den Fürsprechern und Promotoren der Wirtschaftsdemokratie vorausgesetzt – zu gewinnen und zu mobilisieren. Dies setzt aber wiederum voraus, das wirtschaftsdemokratische Projekt als ein gesamtgesellschaftliches und somit politisch integrierendes Vorhaben auszuweisen – jenseits eines überkommenen Rechts-Links-Schemas.

## Anmerkungen

- 1 Siehe hierzu unter der Vielzahl der zur Problematik erschienenen Literatur: Ingeborg Gabriel, *Erosion der Demokratie? Eine Problemanzeige*, Kirche und Gesellschaft Nr. 394; Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a.M. 2008; Stephan Braun/Alexander Geisler (Hg.), *Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration*, Wiesbaden 2012; *Demokratie? Eine Debatte*. Mit Beiträgen von Giorgio Agamben, Alain Badiou u. a., Berlin 2012; Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt a. M. 2007; Ulrich Thielmann, *Das Ende der Demokratie*, in: *Wirtschaftsdienst* 12/2011, 820 – 823.
- 2 Vgl. hierzu die ebenso kluge wie provokante Schrift von Wolfgang Streeck. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin 2013.
- 3 Vgl. hierzu: *Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien*, hg. v. Hauke Brunkhorst und Matthias Kettner, Frankfurt a. M. 2000.
- 4 Thomas Seibert, *Globalisierungskritik und globalisierungskritische Bewegungen*, in: *Globalisierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, hg. v. Andreas Niederberger und Philipp Schink, Stuttgart – Weimar 2011, 297 – 303, 297.
- 5 Bernd Röttger, *Räume und Reichweiten ökonomischer Globalisierung*, in: *Globalisierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, a. a. O., 218 – 224, 218.

- 6 Ebd., 218 – 224, 219f.
- 7 David Held, Soziale Demokratie im globalen Zeitalter, Frankfurt 2007, 37.
- 8 Vgl. hierzu Dieter Schneider, Fritz Naphtali – ein Lebensbild, in: Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Mit einem Vorwort von Ludwig Rosenberg und einer Einführung von Otto Brenner, Frankfurt a. M. 1966, 191 – 193.
- 9 Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. A. a. O.
- 10 Sidney & Beatrice Webb, Industrial Democracy, London – New York – Bombay 1897. [Nachdruck o. J.]
- 11 Vgl. Fritz Naphtali, Wirtschaftsdemokratie. A. a. O., 5 f.
- 12 Ebd., 21.
- 13 Otto Brenner, „Wirtschaftspolitische Grundsätze“ des DGB-Programms, 1960. – Otto Brenner wurde 1956 alleiniger Erster Vorsitzender der IG Metall in der Bundesrepublik Deutschland; Ota Šik, Modell einer Humanen Wirtschaftsdemokratie, Münster u. a. 1990. Siehe auch: Fritz Vilmar, Wirtschaftsdemokratie – Zielbegriff einer alternativen Wirtschaftspolitik, auf: [http://www.globallabour.info/de/2008/06/wirtschaftsdemokratie\\_zielbegr.htm](http://www.globallabour.info/de/2008/06/wirtschaftsdemokratie_zielbegr.htm) 1 [letzter Zugriff 7.5.2013]. Vilmar differenziert gerade im Anschluss an Otto Brenner hinsichtlich konkreter wirtschaftsdemokratischer Ziele zwischen drei Ebenen – nämlich der aus der Wirtschaftsethik geläufigen Makro-, Meso- und Mikroebene.
- 14 Vgl. Hartmut Meine/Uwe Stoffregen, Wirtschaftsdemokratie als gewerkschaftliche Alternative zum Finanzkapitalismus, in: Hartmut Meine/Michael Schumann/Hans-Jürgen Urban (Hg.), Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!, Hamburg 2011, 16 – 39.
- 15 Ebd., 16 – 39, bes. 17 – 21.
- 16 Vgl. hierzu auch Friedhelm Hengsbach, Nach der Krise ist vor der Krise. Für eine neue Wirtschaftsdemokratie ohne Finanzkapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 54. Jg., Heft 5/2009, 53 – 61, bes. 60 f.
- 17 Zur Frage der Mitbestimmung aus wirtschaftsdemokratischer Sicht siehe vor allem: Alex Demirović. Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven, Münster 2007, insbes. 30 – 187.
- 18 Peter von Oertzen, Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover 1994, 405 f.
- 19 Vgl. hierzu auch den anregenden Sammelband: Arbeit ist keine Ware! Über wirtschaftliche Krisen, normative Orientierung und politische Praxis, hg. v. Wolfgang Thierse und Heiner Ludwig, Freiburg – Basel – Wien 2009.
- 20 Meine/Stoffregen, Wirtschaftsdemokratie ..., a. a. O., 16 – 39, bes. 17 – 21. Siehe hierzu auch: Felix Heidenreich, Wirtschaftsethik zur Einführung, Hamburg 2012, dort insbesondere Kapitel 4: Wirtschaft und Demokratie, 89 – 128.

- 21 Vgl. z. B. Hans Küng, Weltethos für Weltpolitik und Weltwirtschaft, München – Zürich 1997.
- 22 Helmut Martens, Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg 2010, 175 – 192, 175, 178, 183, 185.
- 23 Vgl. hierzu auch das ökumenische Sozialwort der Kirchen in Deutschland: Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit (1997): Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, in: <http://www.ekd.de/EKD-Texte/44676.html>
- 24 Vgl. hierzu vor allem die Ausführungen im Kompendium der Soziallehre der Kirche, hg. vom Päpstlichen Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Freiburg – Basel – Wien 2006. Siehe hier insbesondere die weithin luziden Ausführungen im Siebten Kapitel unter dem Titel: „Das Wirtschaftsleben“. S. 240 – 273 bzw. §§ 323 – 376.
- 25 Exemplarisch sei auf durchgeführte bzw. geplante Volksabstimmungen in der Schweiz zur Frage der Managergehälter oder zu Mindestlöhnen verwiesen.
- 26 Hier ist aus meiner Sicht an Ansätze zu denken wie sie von Peter Ulrich (Stichwort: Wirtschaftsbürgerethos und Lebensdienlichkeit der Ökonomie) oder Horst Steinmann und Albert Löhr (Stichwort: republikanische Wirtschaftsordnung) vertreten werden.

### **Zur Person des Verfassers**

Dr. Johannes J. Frühbauer ist Forschungs- und Lehrbeauftragter für Theologische Ethik/Sozialethik am Institut für Sozialethik der Theologischen Fakultät der Universität Luzern.